

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.)

NUMMER 205 B

BERLIN • Donnerstag, den 1. September 1932

I. JAHRGANG

Schwarz-brauner Block.

Die ersten Erziehungserfolge des Zentrums an den Nazis.

W-er. Das schwarz-braune Bündnis macht trotz der von Papen festgestellten Widernatürlichkeit rapide Fortschritte, und zwar mit unerheblichen Schwankungen schon seit längerer Zeit. Diese Fortschritte, über die tatsächlich bisher nicht allzu viel Aufschluß zu erlangen war, weil über die Verhandlungen zwischen den Delegierten der beiden Parteien nur wenig nach außen drang, sind durch einige Tatsachen der jüngsten Zeit außergewöhnlich deutlich gezeigt worden.

Im Preußischen Landtag, über dessen Sitzung wir an anderer Stelle berichten, waren sich nach einer vorangegangenen Verständigung im Ältestenrat Zentrum und Nationalsozialisten einig in der Beurteilung des preußischen Reichskommissars, dessen Verhalten beide für verfassungswidrig erklärten. Diese Einigkeit ging so weit, daß die Nationalsozialisten bei der Abstimmung über das Mißtrauensvotum gegen den Reichskommissar den sitzbleibenden Deutschnationalen zuriefen: „Nieder mit der Reaktion!“

Im Ältestenrat hatten vorher beide Parteien sich darauf geeinigt, den Preußischen Landtag bis zum 21. September zu vertagen, um für die weiteren Verhandlungen (vor allem über die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten) Zeit zu gewinnen.

Einem Vertreter der „Telegraphen-Union“ gegenüber erklärte der Zentrumsverhandler Grass, daß die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien so weit gediehen seien, daß

jetzt die Reichsleitungen das Wort hätten.

Bei der ersten Tagung des neuen Reichstags wurde für den ersten Vizepräsidenten von den Nationalsozialisten nicht einer ihrer Parteigenossen vorgeschlagen, sondern

Frick schlug den Zentrumsmann Esser vor.

Der neue Reichstagspräsident, der Nationalsozialist Göring, erklärte in seiner Protestaktion gegen die Gerüchte, daß Hindenburg die Absicht habe, den Reichstag jetzt bereits wieder aufzulösen:

„Ich stelle vor dem ganzen deutschen Volke ausdrücklich fest, daß die heutige Sitzung, vor allem die Wahl des Präsidiums eindeutig erwiesen hat, daß der neue Reichstag über eine große arbeitsfähige nationale Mehrheit verfügt und somit in keiner Weise der Tatbestand eines staatsrechtlichen Notstandes gegeben ist. Ich bin überzeugt, daß der Reichstag, wenn alle wertvollen Kräfte zusammenwirken, die schweren Aufgaben erfüllen wird, die seiner harren.“

Diese neue nationale Mehrheit wird durch den Nationalisten Rosenberg im „Völkischen Beobachter“ noch ausdrücklich getrennt von der „regierenden Reaktion“, die „von der Nation durch eine riesige Kluft getrennt“ sei. Der Schriftleiter des „Völkischen Beobachters“ schließt: „Hier gibt es keine Vertuschungsversuche. Hier gibt es für Herrn von Papen nur eins: Rücktritt!“

Die nächste Zeit wird zu erweisen haben, ob Hitler von den Kreisen, die hinter Herrn von Papen stehen und sein Programm völlig billigen, wirklich so unabhängig ist, wie es nach diesen forschenden Erklärungen den Anschein erweckt. Vor allem die Schwerindustrie, deren Wohlwollen ihm bisher aus finanziellen Gründen besonders teuer war, wird sich über die neueste Gruppe der nationalen Mehrheit zunächst noch nicht eindeutig freuen. Allerdings ist bei der politischen Beweglichkeit des Zentrums damit zu rechnen, daß es nicht nur die Nationalsozialisten, sondern auch die deutsche Schwerindustrie von der Nützlichkeit der politischen Dienste des Zentrums überzeugen können wird.

Was am charakteristischsten bei den vorläufig noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen der Gesamtreak-

Das kommunistische Manifest.

Klara Zetkins Rede

war eine gedrängte Programmklärung über die Aufgaben der kommunistischen Partei in der gegenwärtigen Lage in Deutschland. Sie gewinnt dadurch an Bedeutung, daß sie — noch unterstrichen durch die politische Leidenschaft der alten Kämpferin — deutlich erkennen läßt, wie man in Moskau die politische Entwicklung Deutschlands sieht, was man dort insbesondere von der deutschen Arbeiterschaft für die nächste Zeit erwartet.

Als echte Marxistin begann Klara Zetkin mit einer Darlegung der

Ökonomischen Klassenlage

„Der Reichstag tritt in einer Situation zusammen, in der die Krise des zusammenbrechenden Kapitalismus die breitesten werktätigen Massen Deutschlands mit einem Hagel furchtbarster Leiden überschüttet. Zu den Millionen Arbeitslosen, die mit den Bettelpennigen der sozialen Unterstützung oder ohne sie hungern, werden im Herbst und im Winter neue Millionen stoßen. Verschärfter Hunger ist auch das Schicksal aller anderen sozial Hilfsbedürftigen. Die noch Beschäftigten können bei ihrem niedrigen Verdienst die durch die Rationalisierung aufs äußerste ausgepreßte Muskel- und Nervenkraft nicht ersetzen, geschweige denn kulturelle Bedürfnisse befriedigen. Der weitere Abbau des Tarifrechts und des Schlichtungswesens wird die Entbehrungslöhne noch tiefer senken. Wachsende Scharen von Handwerkern, Kleingewerbetreibenden, von Klein- und Mittelbauern versinken verzweifelt in Elendstiefen. Der Niedergang der Wirtschaft, das Zusammenschrumpfen der Aufwendungen für Kulturzwecke vernichten die wirtschaftlichen Grundlagen der Existenz der geistig Schaffenden und verengen fortschreitend das Betätigungsfeld für ihre Kenntnisse und Kräfte.“

An diese Klarlegung der Klassenlage schloß Klara Zetkin ihre Ausführungen über die

Gruppierung der politischen Macht

in Deutschland. Sie kennzeichnete das Präsidialkabinett als „das ausführende Organ des vertrusteten Monopolkapitals und des Großagrarertums“; als die treibende Kraft dieses Kabinetts die Reichwehrgeneralität. Der politischen Allmacht dieses Kabinetts stellte Zetkin sein Versagen gegenüber.

Innenpolitisch habe es „die Not verordnet“; zertrete die Rechte der werktätigen Massen, gegen die Not zu kämpfen; helfe den verschuldeten Agrariern und den verschuldeten Industrieherrn und Bankgewaltigen; es verschlimmere so die Krise.

Die Außenpolitik dieses Kabinetts sei ein „ziellozes dilettantisches Schwanken zwischen plumper Anbiederung und Säbelrasseln“.

„Schwerstens belastet ist das Schuldkonto des Präsidialkabinetts durch die Morde der SA in den letzten Wochen. Vergebens sucht sie über ihre politische und moralische Schuld hinweg zu täuschen durch Auseinandersetzungen mit ihren Bundesgenossen über die Verteilung der Macht im Staate.“

Der Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise werde zwangsläufig begleitet von einem Verfall des bürgerlichen Liberalismus und einer Kaltstellung seiner Einrichtung: des Parlaments. Die fortschreitende Ohnmacht des Parlaments werde durch die sozialdemokratische Politik noch vergrößert: durch die „Gewöhnung der Massen an Passivität“; dadurch werde das Parlament einer Stütze „an kraftvollen Aktionen der Massen außerhalb seiner Mauern“ beraubt.

Worin liegt bei dieser Einschätzung des Parlamentarismus heute

die Aufgabe des Reichstags

— wie Zetkin sagte, seine „zentrale Pflicht“? Im „Sturz der Reichsregierung, die den Reichstag durch Verfassungsbruch zu beseitigen versucht“.

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Hindenburg über die Lebenshaltung der Arbeiterschaft.

Wir berichteten bereits gestern kurz, daß Hindenburg den reaktionären Plänen Papen-Schleichers seine Zustimmung erteilt habe. Darüber hinaus ist bekannt geworden, daß er ihnen in jeder Hinsicht Vollmacht erteilt habe, dieses Programm durchzuführen, d. h. daß er auch mit einer etwaigen Reichstagsauflösung einverstanden ist.

Die amtliche Mitteilung über den Besuch bei Hindenburg lautet:

„Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Reichskanzler von Papen, den Reichsminister des Innern Frhr. von Gayl und den Reichswehrminister von Schleicher zum gemeinsamen Vortrag über die schwebenden Fragen der Innenpolitik, insbesondere das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Der Herr Reichspräsident erteilte seine Zustimmung zu den von der Reichsregierung geplanten, vom Reichskanzler in seiner Rede in Münster in den Grundzügen bekannt gegebenen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen. Der Reichspräsident ersuchte den Reichskanzler, bei der Ausarbeitung der einzelnen Bestimmungen insbesondere dar-

auf zu achten, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibe. Die eingehende Besprechung der innerpolitischen Lage ergab völlige Übereinstimmung zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung.“

Wie schön, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibt. Man muß über die Geschicklichkeit staunen, mit der deutsche Bürokraten immer noch Worte finden, die nichts sagen. Als wenn einer vom „sozialen Gedanken“ satt werden oder mit einer bloßen Lebenshaltung etwas anfangen könnte. Es fragt sich nämlich gerade, was für eine Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert werden soll.

Oder meinte Hindenburg wirklich, was ja möglich ist, daß der deutsche Arbeiter wenigstens das Leben behalten soll, was angesichts der Volksgenossen von Potempa jedenfalls nicht zu fordern völlig überflüssig ist.

tion sichtbar wird, ist die politische Schlagkraft einer Partei, die mit Zähigkeit und politischer Geschicklichkeit den obersten aller Grundsätze der politischen Taktik beherrscht, daß Politik die Kunst sei, das Bestmögliche für die eigenen Ziele zu erreichen. Es wird interessant sein, den Konflikt zwischen dem aktiven politischen Katholizismus und Herrn von Schleicher zu verfolgen; denn die Weigerung der Regierung Papen, einem angenommenen Mißtrauensvotum entsprechend zurückzutreten, kann sich vernünftiger Weise nur auf die physische Gewalt der Reichswehrbajonette gründen.

Stärkere Männer als Schleicher haben eingesehen, daß man, wenn man überhaupt bürgerliche

und christliche und nationale und eine ähnliche Gewaltherrschaft ausüben will, das Zentrum bei dieser Arbeit besser nicht gegen sich hat.

Wir glauben bis auf weiteres, daß Hitler mit der Anbiederung an das Zentrum einen klügeren Schritt getan hat, als Papen-Schleicher mit der Anbiederung an den „demokratisch-autoritären“ Hindenburg. Auf die Dauer sind Beichtstuhl und Seelenbeherrschung wirksamer als Bajonette und Paradedemarsch.

Trotz allem glauben wir, daß die im Grunde gleichgültigen Seelen der deutschen Rechten sich wieder finden werden.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Natürlich genügt für die Durchführung dieses Sturzes nicht ein Parlamentsbeschluss, nicht eine Anklage der Reichsregierung beim Staatsgerichtshof („des Teufels bei seiner Großmutter“); denn demgegenüber stützt sich die Reichsregierung auf die Machtpositionen der „Reichswehr und aller anderen Machtmittel des bürgerlichen Staates, auf den Terror der Faschisten, die Feigheit des liberalen Bürgertums und die Passivität eines großen Teiles der Werktätigen“.

Was soll die Arbeiterschaft tun?

„Der Sturz der Regierung durch den Reichstag kann nur das Signal sein zum Aufmarsch und zur vollen Machtentfaltung der Massen außerhalb des Parlaments, um in dem Kampf das ganze Gewicht ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung und die Wucht ihrer Zahl einzusetzen. In diesem Kampf gilt es zunächst vor allem den Faschismus niederzuzwingen, der mit Blut und Eisen alle klassenmäßigen Lebensäußerungen der Werktätigen austilgen soll in der klaren Erkenntnis unserer Feinde, daß die Stärke des Proletariats am wenigsten von Parlamentssitzen abhängt, vielmehr verankert ist in seinen politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und kulturellen Organisationen.“

Belgien zeigt den Werktätigen,

„daß der Massenstreik eine Waffe ist, die auch in der Periode tiefster wirtschaftlicher Krise ihre Schneide bewahrt. Vorausgesetzt, daß hinter ihrem Gebrauch die Entschlossenheit und Opferfreudigkeit der Massen steht, vor keiner Weiterung des Kampfes zurückzuschrecken und der Gewalt der Feinde mit Gewalt zu begegnen.“

Der Kapitalismus reif zum Sturz.

„Jedoch die außerparlamentarische Machtentfaltung der Werktätigen darf sich nicht auf den Sturz einer verfassungswidrigen Regierung beschränken, sie muß über dieses Augenblicksziel hinaus gerichtet sein auf den Sturz der bürgerlichen Klassenherrschaft und seiner Grundlage, der kapitalistischen Wirtschaft.“

Zetkin hält natürlich nichts von den Verstaatlichungsversuchen, solange der Staat Machtapparat der Besitzenden ist. Wie man es machen muß, zeige Rußland:

„Die russische Revolution ist der weltgeschichtlich große Beweis, daß den Schaffenden die Kraft eignet, all ihre Feinde niederzuwerfen, zusammen mit dem Kapitalismus im eigenen Lande auch die imperialistischen Raubgewalten zu brechen. Der Sowjetstaat erhärtet auch, daß die Werktätigen die Reife besitzen, eine neue Wirtschaftsordnung aufzubauen, in der eine wirtschaftliche Höherentwicklung der Gesellschaft ohne verwüstende Krisen erfolgt.“

„Der Kampf der werktätigen Massen gegen die zerfleischenden Nöte der Gegenwart ist zugleich der Kampf für ihre volle Befreiung. Er ist ein Kampf gegen den versklavenden und ausbeutenden Kapitalismus und für den erlösenden Sozialismus. Diesem Ziel muß der Blick der Massen unverrückt zugewandt sein.“

Der nächste Schritt: Einheitsfront.

Ihre Aufgabe: „... um den Faschismus zurückzuwerfen und damit den Versklavten und Ausgeplünderten die Kraft, die Macht ihrer Organisationen zu erhalten, ja sogar ihr physisches Leben. Vor dieser *zwingenden geschichtlichen Notwendigkeit* müssen alle fesselnden und trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen zurücktreten.“

Die Einheitsfront der deutschen Arbeiter ordnete Zetkin in die internationale Klassenfront ein:

„Streiks und Aufstände in den verschiedensten Ländern kündeln als lodende Flammenzeichen den Kämpfenden in Deutschland, daß sie nicht allein stehen. Überall beginnen die Enterbten und Niedergetretenen zur Eroberung der Macht vorzustoßen.“

Zetkin schloß mit einem Appell für die Einheitsfront; sie richtete ihn insbesondere an die Frauen, die Jugend, an die geistig Schaffenden, an alle Lohn- und Gehaltshörige:

„Ich eröffne den Reichstag in Erfüllung meiner Pflicht als Alterspräsidentin. Ich hoffe, noch die Freude zu erleben,

als Alterspräsidentin den ersten Rätekongreß Sowjetdeutschlands zu eröffnen.“

Klara Zetkins Worte atmen stellenweise den Schwung der Siegesgewißheit, wie er uns aus dem kommunistischen Manifest entgegentritt, der Siegesgewißheit, die aus der Theorie von der ökonomischen Notwendigkeit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus folgt. Am deutlichsten wird das wohl an der Stelle, an der Zetkin von der „zwingenden geschichtlichen Notwendigkeit“ der Einheitsfront spricht. Eine verhängnisvolle Doppeldeutigkeit enthält dieser Ausdruck! In welchem Sinne ist die Einheitsfront geschichtlich notwendig? Nach der ökonomischen Theorie kann dieser Ausdruck nichts anderes bedeuten, als daß schließlich die Einheitsfront sich bilden muß; daß die Klassenlage durch den Zwang der Ausplünderung der Massen deren Front notwendigerweise herbeiführen wird. Als echte Marxistin hat Zetkin ihre Worte wohl so verstanden. Nur so ist es auch zu erklären, daß sie kein Wort darüber verloren hat, wie denn die Einheitsfront *geschaffen* werden soll. Nach marxistischer Auffassung wird eben die Einheitsfront kein Produkt menschlichen Schaffens, sondern der ökonomischen Klassenlage sein; es kommt nur darauf an, diese Klassenlage und deren Notwendigkeiten „ins Bewußtsein zu heben“, wie Zetkin das in bezug auf die Einheitsfront in ihrem Schlußappell noch einmal tat.

Wir halten nichts von diesem Hoffen, diesem Glauben, diesem Warten auf das rettende Wunder. Notwendig ist für uns die Einheitsfront nur in dem Sinne, daß ohne sie das Versinken in die Barbarei nicht wird verhindert werden können.

Durch keinerlei Notwendigkeit ist es aber ausgeschlossen, daß dieses Versinken in die Barbarei stattfindet.

Diese klare Erkenntnis wird durch den marxistischen Glauben versperrt und die verhängnisvolle praktische Tragweite dieses Irrtums zeigt sich gerade in der abwartenden Haltung der kommunistischen Partei gegenüber der Herstellung der Einheitsfront.

Die bürgerliche Presse enthüllt ihre grenzenlose Unbildung dadurch, daß Zetkins körperlich geschwächter Zustand für diese Presse das Berichtenswerteste ist. In keiner der dürftigen Wiedergaben zeigte sich, daß der Berichterstatter von dem Geiste, der diesen 75jährigen Körper beseelt, einen Hauch verspürt hatte. Und niemand hatte offenbar die Gelegenheit wahrgenommen, einmal eine Rede aufmerksam anzuhören, die eine Perspektive entrollte; dazu noch von einem Menschen, der aus der Mitarbeit an einem Neuaufbau herauskommt; einem Neuaufbau, der die verächtlichen Versuche hinter sich gelassen hat, die Bankerotteure durch immer neue Subventionen auf Kosten der Massen über Wasser zu halten.

Schleichers Rundfunkrede in zweiter Auflage.

Die dritte Auflage.

Die italienische Zeitung „Resto del Carlino“ gibt eine Unterhaltung wieder, die einer ihrer Vertreter mit Herrn von Schleicher gehabt hat und in der dieser sich noch einmal gründlich über die Frage der deutschen Gleichberechtigung ausgelassen hat.

Was Schleicher im „Heimatsdienst“ verschweigt, kommt begreiflicher Weise auch dem italienischen Interviewer gegenüber nicht zur Sprache. Aber an zwei Punkten der Ausführungen ist Schleicher — vielleicht unter der Anregung eines lebendigen, präzise Fragen stellenden Gesprächspartners — konkreter und deutlicher geworden als bisher.

In der Drohung: „Ein Staat, der seinen Bürgern nicht die Sicherheit gegen äußere Bedrohung gewährleisten kann, ist in seinem Lebensnerv getroffen und bildet deshalb — und nicht wegen der Lügen über geheime Rüstungen — in den internationalen Beziehungen einen Faktor der Unsicherheit.“

In der Forderung: Schleicher hat, auf die ausdrückliche Frage des Italieners, die Forderung der Gleichberechtigung ausgeführt: Entweder die anderen Staaten unterwerfen sich den gleichen Rüstungsbeschränkungen, die Deutschland in Versailles auferlegt sind, oder Deutschland verlangt Befreiung von den folgenden Beschränkungen:

1. Zwölfjährige Dienstzeit.
2. Verbot der Luftwaffe, der schweren Artillerie, der Flugabwehrgeschütze, der U-Boote, der Flugzeugträger, der großen Kreuzer.
3. Verbot der Befestigung gewisser Landesgrenzen.
4. Beschränkung der Waffenerzeugung auf bestimmte Fabriken.

Der enge Zusammenhang dieser Ausführungen mit dem in der Rundfunkrede angekündigten Umbau der Wehrmacht zeigt die Auskunft, die Schleicher seinem Interviewer auf die Frage gegeben hat, was Deutschland tun werde, wenn seine Forderungen auf Ablehnung stießen:

„Die deutsche Regierung wird durch den Bruch der Abrüstungsversprechungen seitens ihrer Vertragspartner gezwungen sein,

die nationale Sicherheit auf nationalem Wege herzustellen, wenn es auf dem internationalen nicht möglich war.“

S. H. An den „bemerkenswerten“ Ausführungen, die der Reichswehrminister von Schleicher im „Heimatsdienst“ über Deutschlands Sicherheit und Gleichberechtigung veröffentlicht hat, ist das Bemerkenswerteste, was er verschweigt. Ueber das Scheitern der Abrüstungskonferenz, über die Vorschläge der deutschen Delegation, alle Luftstreitkräfte, die schwere Artillerie und die Tanks abzuschaffen, verbreitet er sich ausführlich, ohne irgend etwas Neues vorzubringen. Mit seinen Forderungen nach einem Umbau der deutschen Wehrmacht wiederholt er, was er in seiner Rundfunkrede bereits angekündigt hat.

Was verschweigt Schleicher?

1. Daß in Genf außer der Frage der Abrüstung und der Gleichberechtigung die Frage der Sicherheit eine Rolle gespielt hat, und zwar der internationalen Sicherheit. Schleicher spricht wie jeder Nationalist nur von der Sicherheit des eigenen Landes. Gerade aber mit dieser isolierten Forderung und dem sie begleitenden Grundsatz: „Wer den Frieden will, rüste zum Krieg“ wird für jeden Gegner des Krieges das Problem der internationalen Sicherheit akut.

2. Daß die Forderung der Internationalisierung der Zivilluftfahrt für alle Staaten aufgestellt wurde (und zwar als Bedingung für eine Abschaffung der Bombenflugzeuge). Schleicher tut so, als wenn die Internationalisierung auf Deutschland hätte beschränkt werden sollen.

3. Daß Deutschlands Vorschlag auf Abschaffung der schweren Angriffswaffen, sich auf diejenigen beschränkt, die ihm selber verwehrt sind.

4. Daß eine Reihe der mörderischsten modernen Kriegswaffen, wie der unbeschränkte U-Boot-Krieg und die Giftgase, von Deutschland eingeführt worden sind.

5. Daß Deutschland, dessen Rücksichtslosigkeit im Einsetzen solcher Waffen erwiesen ist, einer anderen Beglaubigung seiner friedlichen Absichten bedarf, als der bloßen, unter Kriegsgegnern üblichen und abgenutzten These vom unbeirraren Friedenswillen der eigenen Nation.

Wenn es, wie Schleicher angekündigt hat, darauf ankommt, in nächster Zukunft die Frage der Gleichberechtigung zu lösen, dann wird es gut sein, die Punkte, die er bisher verschweigt, ins Auge zu fassen, zumal die Gegenseite, mit der Schleicher verhandelt, sie längst im Auge hat.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

Das aufflammende Streichholz überflackert die schlafenden Gestalten. Der am Boden kauende Bonczyk hat den Kopf auf seinen Knien liegen. Ihm gegenüber sitzt der Derfflingermann Dankert. Er blickt mit offenen Augen vor sich hin.

„Als ob was kaputt gegangen ist“, sagt er jetzt.
„Das ist bloß die Stimmung hier, das kommt bloß davon, weil hier keine Lampe brennt.“

„Was wirst du machen, wenn wir in Berlin ankommen?“
Raumschuh zuckt die Achseln und schweigt.
Wieder starren sie durch das Fenster. Manchmal stehen ein paar Lichter draußen in der vorbeiziehenden Verlassenheit.

Dann fährt der Zug in eine Station ein und bleibt stehen. Bonczyk streckt sich und sucht eine andere Lage für seine Beine. Matrosen aus den anderen Wagen kommen draußen vorbei und rufen:

„Der Zug bleibt hier liegen!“

Alle steigen aus. Noch halb im Schlaf stehen sie vor dem langgestreckten Bahnhofgebäude und lesen den an der Backsteinmauer befestigten Stationsnamen: „Rathenow — bis Berlin 96 Kilometer.“

Sie laufen die Wagen entlang nach vorn zur Lokomotive. Von der Strecke her kommen einige Leute. Einer hat eine Laterne in der Hand.

„Der Zug bleibt hier liegen!“
„Die Schienen sind aufgerissen!“
„Auf Befehl der Regierung!“

Die Matrosen beraten, was zu machen ist. Eine Reparatur würde zu lange dauern. So beschließen sie, den Fußmarsch über Brandenburg und Potsdam nach Berlin anzutreten.

In losen Truppes ziehen sie durch das dunkle Rathenow. Viele schleppen ihre Seesäcke mit sich. Auf der Landstraße wird der Abstand zwischen den marschierenden Haufen größer. Raumschuh, Dankert, Bonczyk, etwa ein Dutzend Leute, sehen nach einer Stunde Marsch ein Lastauto vor einem Gasthaus stehen. Sie holen den Chauffeur heraus und sitzen auf. Wo nur Platz ist, neben dem Fahrer, auf der Ladung, vorn auf den Trittbrettern; überall klammert sich einer an.

Es geht langsam vorwärts.

Der Chauffeur muß vorsichtig fahren. Das Licht der beiden Scheinwerfer stößt in den dichter werdenden Nebel wie in weiche Watte. Der Wagen stuckert auf der vernachlässigten Chaussee. Mit klammen Händen halten sie sich fest. Die zwischen den Kisten Liegenden riskieren Rippenbrüche.

Nach zwei Stunden Fahrt gleiten die Räder über den Asphalt einer breiten Straße. Die Häuser rechts und links sind kaum zu sehen, nur Einzelheiten scheinen durch den Dunst — eine Eisenbahnunterführung, eine Anschlagssäule, eine Straßenecke, zuletzt die Stahlbogen der Potsdamer Havelbrücke.

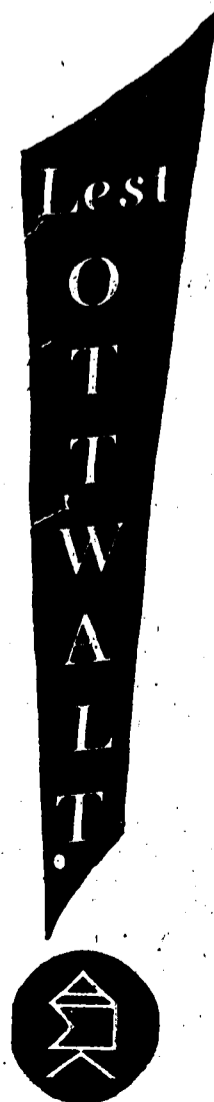
In den Wäldern zwischen Potsdam und Wannsee läßt der Nebel nach, die Straße wird übersichtlicher. Eine knappe halbe Stunde noch. Immer näher kommen die Häuserblöcke der Peripherie und dann geht es in gerade Linie mitten nach Berlin hinein.

Ein durch die Straße patrouillierender Halbzug berittener Schutzleute entdeckt den an den Wagen geklammerten Haufen halberfrorener Matrosen. Der Wagen wird angehalten. Die von der Fahrt durch den Nebel und vor Müdigkeit Halbetäubten sind plötzlich von Pferdeköpfen eingekreist. Ohne auch nur an Gegenwehr zu denken, lassen sie sich arretieren.

Sie werden nicht nach dem Polizeipräsidenten gebracht, sondern auf Grund der vom Kriegsminister veranlaßten „Verfügung betreffs in Berlin herumstreichender Matrosen und anderer Militärpersonen“ nach dem Zellengefängnis in Moabit.

Mit durchnässten Kleidern und steifen Beinen tappen sie, von den Pferden der Begleitmannschaften eingekreist, am Rand des Tiergartens entlang. Durch entlaubtes Baumwerk sehen sie kalzig weiß wie die von Wilhelm II. errichteten Standbilder der Dynastie Hohenzollern schimmern.

Dann kommen sie an einen weiten freien Platz.



Die asphaltierte Fläche liegt in nassem Glanz. Ueber den Pferdeköpfen und den Sturmhelmen der Polizisten erheben sich grau und monumental die Säulen des Brandenburger Tor.

Es ist der Morgen des 9. November.

Berlin marschiert.

Am 8. November, vormittags zehn Uhr, tritt das Kriegskabinet zusammen. Schon vor Beginn der Sitzung haben die Minister sich eingefunden und die Lage besprochen:

In Kiel — Rückkehr zu einer gewissen Ordnung unter Noskes Führung. In Hamburg — Verschlimmerung der Lage. Wilhelmshaven meldet: Machtmittel reichen nicht aus. In Hannover ist der kommandierende General gefangen. Ueber der Weserwerft in Bremen weht die rote Fahne. In München ist die Republik ausgerufen; die Absetzung des Königs wird gefordert. In Stuttgart hat der Arbeiter- und Soldatenrat die Herrschaft an sich gerissen. In Braunschweig führen fünf Matrosen eine Demonstration an, befehlen die Gefangenen und besetzen den Hauptbahnhof. Die Polizei hat sich ergeben. Die Schloßwache ist zum Volk übergegangen.

Ernst August hat auf den Thron verzichtet! Es rollen Züge mit Aufständischen heran!

Vor den Fenstern des Konferenzzimmers steht ein regengrauer Tag. Die Tiefen des Raumes mit seinen gefalteten Wänden liegen im Halbdunkel. Nur auf der polierten Fläche des langen Tisches schimmert mattes Licht. Um den preußischen Innenminister Drews haben sich eine Anzahl Fachminister geschart. In der Mitte einer anderen Gruppe steht Staatssekretär Scheidemann. „Das Abdankungsultimatum hat bei den Massen eingeschlagen. Wir werden betimmt das Rennen mit den Unabhängigen machen!“ erklärt Scheidemann.

Dieses Abdankungsultimatum, das er im Namen seiner Partei dem Reichskanzler übergeben hat, droht die Regierung zu sprengen. Die bürgerlichen Kabinettsmitglieder sind empört und überschütten ihn mit Vorwürfen.

(Fortsetzung folgt.)

Preußische Verwaltungsreform fortgesetzt.

Die kommissarische Preußenregierung hat am Dienstag an einer Verordnung zur Verwaltungsreform gearbeitet, die bald veröffentlicht werden wird.

Die Neuordnung bringt zunächst eine Entlastung der Oberpräsidien als Instanz. Ein großer Teil der bisher in den Oberpräsidien geleisteten Verwaltungsarbeiten wird künftig von den Regierungspräsidenten erledigt werden, während die Oberpräsidenten gewissermaßen die Stellung von Staatskommissaren erhalten sollen. Damit ist gleichzeitig ein weiterer vorbereitender Schritt für eine spätere Reichsreform getan. Die Aufteilung der Arbeiten des Oberpräsidiums auf die Regierungspräsidenten ist so gedacht, daß beispielsweise ein Regierungspräsident die Aufgaben des Provinzialschulkollegiums, ein anderer Regierungspräsident Wasserbaufragen u. s. w. übernimmt, was nicht ausschließt, daß vielleicht einem Regierungspräsidenten auch mehrere Arbeitsgebiete zugewiesen werden. Der Vorteil liegt in einer Verkürzung des Geschäftsganges, in einer Vereinfachung der Verwaltung. Auch in dem Verhältnis der Kreis- und Schulräte, die bisher den Regierungspräsidenten unterstanden, tritt eine Aenderung insofern ein, als die Kreis- und Schulräte künftig direkt mit den Landräten zusammenarbeiten sollen. Hierdurch würden die Regierungspräsidenten, die in Zukunft ein Mehr an Arbeit zu leisten haben, wieder entlastet werden. Die Büros der Oberpräsidien werden durch diese Maßnahmen verkleinert werden.

Es ist eine geschickte Maßnahme der Preußen-Diktatur, im abgekürzten Verfahren organisatorische Vereinfachungen durchzuführen, die die Demokratie nicht zustande gebracht hat, und die sicher von vielen Parteien wegen der erwünschten Menge an Posten auch nicht ernsthaft angestrebt worden sind. Für die Arbeit springt dabei nicht nur das Renommée des energischen und einsparenden Regenten heraus, sondern vor allem die straffere Angliederung des preußischen Verwaltungsapparates an die Reichsregierung.

Undurchführbare Hauszinssteuerverordnung zurückgenommen.

Die Preußische Regierung hat durch Notverordnung vom 8. Juni bestimmt, daß gegenüber minderbemittelten Mietern die Hauszinssteuer künftig nicht mehr von Staats wegen niedergeschlagen werden soll, sondern daß den Gemeinden ein fester Betrag (160 Millionen Mark jährlich) zur Unterstützung solcher Mieter zugewiesen werden soll. Die Preußische Staatsregierung wollte nach dem in Deutschland geltenden Grundsatz, das Risiko, das sich aus der Verschlechterung der Wirtschaftslage ergibt, einem Schwächeren, den Gemeinden, auferlegen.

Nun hat sich gezeigt, daß das in Anbetracht der sonstigen Finanzlage der Gemeinden nicht möglich ist, ja daß sich nicht einmal die bitromäßige Erledigung der Anträge auf Mietunterstützungen bewältigen ließ. Die kommissarische Regierung verordnet daher die Aufhebung der einschlägigen Bestimmungen der Notverordnung vom 8. Juni und bestimmt anstatt dessen:

Insbesondere ist die Steuer zu stunden und niederzuschlagen: 1. bei Mietwohnungen oder Teilen von Mietwohnungen

a) wenn Mieter nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge beziehen, und zwar in Höhe des Betrages, um den die laufende Unterstützung sonst höher sein müßte,

b) soweit Mietern nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge gewährt werden müßte, weil sie sonst die volle Miete nicht zahlen könnten,

c) soweit die Einziehung eines der gesetzlichen Mietes entsprechenden Mietzinses dem Eigentümer nachweislich nicht möglich ist.

Selbstmord des Vorsitzenden im Calmette-Prozeß.

Der Vorsitzende im Lübecker Calmette-Prozeß, Amtsgerichtsrat Dr. Wibel, hat am Sonnabend in Hamburg Selbstmord begangen. Hierzu wird berichtet, daß Dr. Wibel, der

Die Kämpfe der Arbeiterschaft.

Streik der Seeleute.

Die Offiziere, Maschinisten und Matrosen in der holländischen Handelsschiffahrt sind am Dienstag in den Streik getreten. Nur die christlichen Gewerkschaften beteiligten sich nicht an der Aktion. Einige Schiffe sind bereits am Ausfahren gehindert worden, während sich andere noch vor Ausbruch des Streiks eine Mannschaft gesichert haben.

Am Dienstag fanden Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaften vor dem Reichsschlichter statt, der den Vorschlag machte, den bisherigen Zustand für September aufrechtzuerhalten und während dieser Zeit Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern über die beiderseitigen Forderungen stattfinden zu lassen.

Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, daß ihre Organisationen den Vorschlag voraussichtlich annehmen würden.

Hinsichtlich der Löhne in der Frachtschiffahrt erklärten sie sich zu Verhandlungen bereit.

In der spanischen Provinz Austrien sind die Bergarbeiter in den Streik getreten.

Ausdehnung des englischen Weberstreiks.

Wie zu erwarten war, hat sich der Streik der Weber in Lancashire weiter ausgedehnt. Jedoch ist die Zahl der Streikenden noch immer nicht bekannt. Infolge der intensiven Tätigkeit der Streikenden, haben mehrere Fabriken, um Unruhen zu vermeiden, ihre Betriebe von selber geschlossen.

In Earby ereignete sich ein Zusammenstoß zwischen 2000 Streikenden und etwa 100 Polizisten, bei dem viele Personen verletzt wurden. Viele Arbeiter wurden verhaftet.

im Calmette-Prozeß gezwungen war, einige seiner Freunde zu schweren Strafen zu verurteilen, nach Beendigung des Verfahrens einen schweren Nervenzusammenbruch erlitten habe. Die Anwälte der jetzt verurteilten Angeklagten behaupten, Dr. Wibel sei schon während der Verhandlungen geisteskrank gewesen. Sie verlangen daher, daß der Prozeß, der jetzt in der Leipziger Revisionsinstanz schwebt, noch einmal mit allem Beweismaterial aufgezogen wird. Die Richter, die in Lübeck mit Dr. Wibel zusammengearbeitet haben, bestreiten, daß bei ihm von einer Geisteskrankheit vor Beendigung des Prozesses etwas zu merken war. Ob der Prozeß noch einmal aufgenommen wird, hängt also davon ab, ob der Beweis beigebracht werden kann, daß der Vorsitzende im Calmette-Prozeß unzurechnungsfähig war.

Maulkorb für den „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ ist für drei Tage verboten worden (bis zum 2. September), weil er Papens Programm als das Programm des Verfassungsbruchs bezeichnet hat.

Hierzu ist zunächst zu sagen, daß die Verfassungstreue Papens sicher noch nicht dadurch erwiesen ist, daß er selber auch in Münster wieder erzählt hat, er „denke nicht an eine Abweichung von den Grundsätzen der Verfassung“. Er mag dabei denken, was er will — als sein Programm hat er jedenfalls verkündet, daß er die Staatsgewalt nicht „dem taktischen Spiel der Parteien im Parlament ausliefern“ wolle, d. h. daß er sie unabhängig von der Mehrheit des Parlaments ausüben werde. Nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf aber die Regierung des Vertrauens des Parlaments, das dieses Vertrauen durch Mehrheitsbeschluß ausspricht.

Ein Kommunist erschossen — macht drei Jahre Gefängnis.

Das Flensburger Sondergericht, tagend in Heide, verurteilte am Montag den Nazi Kurdzel wegen Totschlages zu drei Jahren Gefängnis. Kurdzel, der früher Kommunist war, hatte am 8. Mai in Wesselburen bei einer politischen Schlägerei den Kommunisten Wiese erschossen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Montag, 5. September, um 20 Uhr, im „Hackeschen Hof“, Rosenthaler Str. 40-41 (Nähe Bahnhof Börse). Thema: „Arbeiter-Regierung statt Regierung der Barone!“ Freie Aussprache. Eintritt frei.

Hamburg-Barmbeck: Sonnabend, 3. September, 20,15 Uhr, im Volkshaus Barmbeck, beim alten Schützenhof 4. Thema: „Der Generalangriff der Reaktion.“ Freie Aussprache. Eintritt frei!

Drei Jahre Gefängnis scheint gegenüber nationalsozialistischen Mördern, soweit ihre Taten vor der August-Notverordnung liegen, der gebräuchliche Strafsatz zu sein: die Höchststrafe wegen der Ermordung des Kommunisten Sterley in Tschendorf (15. Juli) betrug ebenfalls drei Jahre Gefängnis; die Höchststrafe wegen der scheußlichen Ermordung des Kommunisten Bassy betrug drei Jahre drei Monate Gefängnis; bei der Ermordung des Reichsbannermannes Wolf in Riesa (November 1931) Höchststrafe: zwei Jahre vier Monate Gefängnis; bei der Ermordung des Reichsbannermannes in Röntgen (März 1930) Höchststrafe: drei Jahre Gefängnis. In allen diesen Fällen, die nicht die einzigen sind, sondern die uns nur eben zur Hand sind, waren Nationalsozialisten die Täter.

Wir erinnern demgegenüber an die Zuchthausstrafen im Ohlauer Prozeß gegen die Reichsbannerleute: zwei, drei, vier Jahre Zuchthaus. Niemand wurde dabei wegen Totschlages verurteilt (obwohl zwei SA-Leute getötet worden waren). Diese Strafen wurden ebenso nach dem StrGB (und nicht nach der Notverordnung) verhängt, wie die vorhin angeführten gegen die Nazis. Im Essener Prozeß gegen Kommunisten wegen der Erschießung des NS Felgendreher wurden Anfang Februar die vier Hauptangeklagten zu Zuchthausstrafen von durchschnittlich vier Jahren verurteilt.

Die Arbeiter-Esperantisten in Stuttgart.

O. W. Der 12. Kongreß des Arbeiter-Esperantisten-Weltbundes (SAT) war trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage von 250 Genossen aus 12 Ländern besucht.

Die öffentlichen Versammlungen zu Beginn und die Kundgebung gegen den Krieg am Schluß des Kongresses fanden auch bei der Stuttgarter Arbeiterschaft reges Interesse. Die Esperantisten ihrerseits nahmen zum Zeichen internationaler Solidarität gegen den Faschismus an der Einäscherung eines von den Nazis erschlagenen Arbeiters teil.

In einigen oft recht ausgedehnten Arbeitssitzungen und zahlreichen Fraktionssitzungen leistete der Kongreß sachliche und für den Fortschritt der Arbeiter-Esperanto-Bewegung wertvolle Arbeit.

Das wichtigste Ergebnis des Kongresses war die erneute Sicherstellung der parteipolitischen Neutralität des SAT.

Wie in den letzten Jahren von kommunistischer Seite schien sie jetzt durch die Angriffe einiger sozialdemokratischer Genossen gefährdet. Doch entschied sich der Kongreß fast einmütig für weitere strenge Wahrung der parteipolitischen Neutralität.

Auch die Bestrebungen, die jetzige Struktur von SAT — Zusammenschluß aller proletarischen Esperantisten ungeachtet ihrer Nationalität oder Rasse — zu ändern durch einen Zusammenschluß von Landesverbänden, wurden einhellig abgelehnt.

Mit Ausnahme der Antragsteller betonten alle Genossen die Notwendigkeit, gerade angesichts der auch in der Arbeiterschaft wachsenden nationalistischen Welle die internationale Verbundenheit des Proletariats nicht nur zu betonen, sondern auch praktisch zu verwirklichen, wofür die jetzige nationslose Organisationsform die besten Grundlagen bietet.

Ein weiterer, einstimmig angenommener Vorschlag zur Schaffung einer gemeinsamen Zeitung für SAT und die national getrennten Propaganda-Verbände ist geeignet, der gesamten Arbeiter-Esperanto-Bewegung trotz Krise und Arbeitslosigkeit neuen Antrieb zu geben und vielleicht einen völligen Zusammenschluß aller Esperanto-Verbände vorzubereiten.

Uschida wird deutlicher.

Ein Mitglied des japanischen Parlaments hat sich mit der Rede des Außenministers Uschida zur japanischen Mandschurei-Politik noch nicht zufrieden gegeben und die — nach der entschiedenen Rede des Außenministers eigentlich unnötige Frage gestellt, wie Japan sich denn nun dem Völkerbund gegenüber verhalten werde. Uschidas Antwort: Japan rechne damit, daß auch die interessierten Mächte das Mandschurei-Problem in einem für Japan günstigen Sinn lösen werden. Sollte dies nicht zutreffen, so werde Japan entsprechende Konsequenzen ziehen. Die Japaner haben verstanden: In Tokio ist man überzeugt, daß die japanische Regierung in Genf auch vor dem Austritt aus dem Völkerbund nicht zurückschrecken werde.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt Ombf., Berlin S14, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag Ombf., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Der „Wohlfahrtsstaat“.

I.

Die „Aktiengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen“ wies am 30. April einen Verlust von 4 695 000 Mark aus bei einem Anlagewert der Hütten von 6 Millionen Mark. Trotzdem konnten nach dem Geschäftsbericht noch 166 066 Mark Tantieme an einen Aufsichtsrat und Vorstand von 26 Personen ausgezahlt werden.

II.

In einigen Gemeinden Thüringens (im Landkreis Rudolstadt) haben die Bürgermeister und Gemeindevorsteher den seit Jahren arbeitslosen Einwohnern amtliche Bettelscheine ausgestellt. Anders konnten sie den Aermsten nicht mehr helfen. Das ist die ganze Hilfe, die die Ortsbehörden den schon jahrelang hungernden Arbeiterfamilien zukommen lassen. Die Einnahmen, sofern überhaupt noch Einnahmen da sind, reichen nicht im entferntesten aus, die ungeheure Not zu lindern, die in den Heimarbeitsgebieten Thüringens herrscht.

III.

In welcher Not sich schwangere Arbeiterinnen befinden, zeigt der vorige Jahresbericht der Gewerbeaufsicht. Danach suchten die Schwangeren einer Fabrik wie auf Verabredung kurz vor der Niederkunft möglichst schwere Arbeiten zu bekommen, insbesondere solche, bei denen die Bauchmuskeln angestrengt werden. Die Folge war, daß bei 90 Prozent der im Laufe des Jahres entbundenen Arbeiterinnen dieses Betriebs Fehlgeburten stattfanden, darunter zwei während der Arbeit.

IV.

In der Fachzeitschrift „Die medizinische Welt“ vom 25. Juni berichten die Leiter verschiedener Kliniken in Berlin,

Bochum und Hamburg, daß sie in vielen Fällen Patienten bekommen, die die für einen normalen Menschen erforderliche Kalorienmenge bei weitem nicht mehr erhalten haben. Es handelt sich um Arbeitslose und Wohlfahrtsempfänger. H. D.

V.

In der „Klinischen Wochenschrift“ beschäftigt sich der Statistiker Professor von Tyszka (Hamburg) mit den Ernährungsschwierigkeiten, die auf Grund der ungeheuren Wirtschaftsnot auftreten. Die Bevölkerung schränke die Ausgaben für pflanzliche Nahrung mehr ein als die für tierische. Ein bedenklicher Mangel an Vitaminen und Eiweiß mache sich in den Haushalten der Erwerbslosen bemerkbar. Es herrsche geradezu eine „verschleierte Hungersnot“.

VI.

In Flensburg erhielten die Wohlfahrtserwerbslosen am Montag gekürzte Unterstützungssätze. Zum Protest dagegen brachen Unruhen aus, die die Polizei zu unterdrücken suchte. Mehrere Frauen setzten ihre Kinder im Wohlfahrtsamt ab mit der Erklärung, daß die Unterstützung nicht mehr zu ihrer Ernährung hinreiche. Zwölf Kinder blieben auf dem Wohlfahrtsamt, von denen acht zu ihren Müttern zurückgebracht wurden. Die übrigen vier Kinder wurden in ein Kinderheim gebracht.

VII.

In Deutsch-Krone hat die Stadtverwaltung beschlossen, alte Eisenbahnwagen zur Unterbringung von Familien zu beschaffen, die ihre Miete nicht mehr zahlen können. Diese Art der Unterbringung von Erwerbslosen ist in vielen Gemeinden üblich.

